

Vom Paradox zum Wahn

Von Anetta Kahane

Das Leben ist paradox. Jedenfalls manchmal. Wir erleben gerade die schlimmste globale Pandemie seit mehr als 100 Jahren. Und im Gegensatz zu früher reagiert die Welt darauf nach bestem Wissen. Hygiene- und Abstandsregeln, Mundschutz und lange Wochen der Einschränkungen darin, sich mit anderen zu treffen. Eine schwere Zeit mit schweren Folgen. In dieser Zeit braucht es sehr viel Solidarität miteinander. Um Leben zu retten, müssen wir alle auf Abstand bleiben und zusammenhalten.

Dazu hat die Amadeu Antonio Stiftung eine Kampagne gestartet. Sie heißt: »Be a Mensch« und sie appelliert daran, gerade in Corona-Zeiten die Schwachen und die Minderheiten besonders zu schützen. »Be a Mensch« ist eine Formulierung aus der jüdischen Welt, die besagt, dass menschlich zu sein, hilfsbereit und solidarisch das Größte ist, was ein wahrer Mensch im Leben erreichen kann.

Das Paradoxe liegt aber nicht in Abstand und Nähe, sondern darin, dass die Menschen Regeln verstehen, solange die Lage schlimm ist und die Maßnahmen strikt. Sobald es besser wird und die Maßnahmen wieder lockerer, beginnt die Unzufriedenheit. Sie taucht auf, wenn die Furcht nicht mehr alles beherrscht und Aussicht auf Normalisierung besteht. Das ist so logisch wie paradox. Doch die Unzufriedenheit, die entstehende Unruhe sind eben auch wie Dünger für antisemitische Verschwörungsideologen. Sie setzen Vermutungen, Unterstellungen und bössartige Geschichten darüber in die Welt, wer an dem ganzen Schuld sei und wer davon wohl profitiere.

Das Spektrum dieser Ideologen geht über alle politischen Lager hinweg. Neben den klassischen Querfrontleuten, die irgendwann vielleicht links waren und heute komplett ins Surreale abgedriftet sind, sehen wir da auch die harten Rechtsextremen, die Prepper, die Reichsbürger, die Impfgegner, die Israelhasser, die Klimaleugner und so manche von AfD und Pegida. Selbst wenn die vermeintlich Schuldigen keinen jüdischen Namen tragen, folgen die Verschwörungsideologen dem alten antisemitischen Muster, das Böse jemandem zu unterstellen, dessen Absicht es ist, heimlich oder unheimlich das »Volk« vernichten zu wollen. Antisemitismus ist das Urgestein, auf dem solche Erzählungen gebaut sind, er ist das Betriebssystem jedes verschwörungsideologischen Programms. Auch wenn es andere zum Ziel hat.



© Peter van Heesen

Dazu gehören Menschen, die als asiatisch gelesen werden. Inzwischen müssen sie jedes Mal, wenn sie das Haus verlassen, davon ausgehen, verbal angefeindet oder gar tätlich angegriffen zu werden. Dazu gehören Geflüchtete, die als vermeintliche Virusträger diskriminiert werden. Die Amadeu Antonio Stiftung begehrt am 15. Mai einen Aktionstag, der sich mit Verschwörungsideologien beschäftigt, ihr Entstehen untersucht, ihre Funktionen erklärt und sie zu widerlegen hilft. Denn Verschwörungsideologien sind gefährlich. Sie radikalieren Menschen, und öfter als man denkt münden sie in Gewalttaten.

Die Mordtaten von Hanau liegen noch nicht so lange zurück. Der Täter hat seine Aggressionen in einen Wahn gegossen. Er hat seinen Rassismus mit Phantasien über Verschwörungen vermischt und sich hineingesteigert. Seine furchtbare Tat, bei der zehn Menschen ermordet wurden, war die Folge. Wir gedenken der Opfer. Und darum werden wir alles tun, um zu verhindern, dass sich solcher Verschwörungswahn weiterverbreitet.



So sieht Corona-konformer Protest gegen »Hygienedemos« aus: Ein Demonstrant vor der Berliner Volksbühne.

©AdoraPress/M. Golejewski

Pegida reloaded

Von Simone Rafael und Judith Rahner

Es war schon Abend, als sich 180 Menschen Ende April im sächsischen Pirna versammelten. Eine krude Melange aus Wutbürger*innen, Verschwörungsideolog*innen und AfD-Mitgliedern marschierte um das Rathaus der Kleinstadt, um gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus zu demonstrieren. Wie die Sächsische Zeitung berichtete, wurde die Kundgebung von Polizist und AfD-Kreisrat Steffen Janich angemeldet.

In Pirna vollzog sich, was bereits seit Wochen Samstagsprogramm vor der Berliner Volksbühne ist: Hunderte Menschen kommen zusammen, vermeintlich, um sich für den Erhalt von Grundrechten einzusetzen. Was als Querfront-Bewegung begann, wird mehr und mehr zum Aufmarsch des rechtsradikalen Spektrums. Mit dabei sind Esoteriker*innen und Verschwörungsideolog*innen, NPD-Größen und AfD-Landtagsabgeordnete. Sie instrumentalisieren den Unmut über die Einschränkung des öffentlichen Lebens und die Beschneidung von Freiheitsrechten. Denn mit der unveräußerlichen Würde des Menschen haben die Forderungen von »Widerstand 2020« nichts zu tun: Klassisch rechts-extreme Reizthemen wie Migration und antimuslimischer Rassismus werden in Verbindung mit der Corona-Pandemie gebracht. Die Hetzkampagnen gegen vermeintliche Feinde der deutschen Bevölkerung nehmen ihren Lauf.

Zunächst schien es, als ob Rechtsradikale aus der Corona-Krise kein politisches Kapital schlagen können: Weniger Zustimmung für die rechtsradikale AfD, die auch keine Vorschläge zur Krisenlösung zu bieten hatte, stattdessen Hinwendung zu Wissenschaft, qualitativ arbeitenden Medien und den demokratischen Parteien. Schnell wurde jedoch klar, dass dies nur ein Teil der Entwicklung ist. Denn in den Sozialen Netzwerken blüht seit Pandemie-Beginn eine vielfältige Desinformationslandschaft, wobei rechtsradikale »Alternativmedien« auf YouTube eine zentrale Stellung einnehmen. Zu beobachten ist eine verschwörungsideologisch aufgeladene Gegenöffentlichkeit auf Imageboards, Videoportalen und Messengerdiensten. Verschwörungsideologische Narrative werden dort in Mythen über die Corona-Pandemie eingepasst. Auf diese Weise erhalten sie – nicht zuletzt dank bizarrer Videos von Xavier Naidoo – große Aufmerksamkeit. Einige der einschlägigen Telegram-Kanäle haben ihre Teilnehmendenzahlen innerhalb einer Woche verdoppeln können.

Diese sehen angesichts der unsicheren Lage auf der Welt überall Verschwörungspotenzial, gelenkt von einer »Finanzelite« (eine antisemitische Chif-

fre), oder gleich von Jüdinnen und Juden, die eine »Neue Weltordnung« errichten wollten. Vollends elektrisiert sind aktuell rechtsterroristisch interessierte Kreise wie Akzelerationist*innen mit ihren Endzeitnarrativen oder Prepper, die sich für das Scheitern der liberalen Demokratie vorbereiten. Sie erleben ein lange herbeigesehntes Chaos, und das sogar ohne eigenes Zutun. Damit Tag X schneller kommt, wird nachgeholfen – ob mit Attacken auf 5G-Masten oder dem Anschlagversuch auf ein Krankenhaus in Missouri (USA), weil ein Neonazi den Coronavirus als »Erfindung der Juden«

Diese Erzählungen haben die Sprengkraft, in weiteren Teilen der Gesellschaft zu verfangen

ansah. Rechtsextreme Kreise setzen im Verschwörungsgeschäft allerdings nicht nur antisemitische Hetze in die Welt, sie attackieren auch das Regierungshandeln als Maßnahmen »gegen die Bevölkerung«, beklagen den Verlust der Bürgerrechte und behaupten, im Zuge des Coronavirus sollten Zwangsimpfungen durchgesetzt werden. Die Vorwürfe verknüpfen sie mit Rassismus (z.B. »Regierung bringt im Lockdown Geflüchtete heimlich ins Land«, »Zu Ramadan werden die Maßnahmen gelockert, typisch«), Sozialdarwinismus (»Risikogruppen? Das ist natürliche Auslese«), Antifeminismus (»Menschenrechte und Gleichstellung sind Luxusprobleme, dafür ist jetzt keine Zeit«). Diese Erzählungen haben leider die Sprengkraft, in weiteren Teilen der Gesellschaft zu verfangen.

Auf den ersten Blick scheint es vielleicht verkraftbar, dass die Tante oder der Nachbar sporadisch Verschwörungserzählungen in Whatsapp-Chats teilt. Wenn allerdings erst einmal Misstrauen in Wissenschaft, Politik und Journalismus gesät sind, kann aus ihnen schnell ein geschlossenes Weltbild werden. Faktische Informationen haben dann nur noch wenig Chancen. Und bei den Anhänger*innen entsteht Handlungszwang. Der führt bestenfalls zu »regierungskritischen« Demonstrationen wie in Berlin, Pirna und an vielen anderen Orten, schlimmstenfalls zu rassistischen Angriffen.

In Krisenzeiten versuchen Rechtsextreme, sich als vermeintlich solidarisch und hilfsbereit zu inszenieren. Sie gründen Netzwerke zur Nachbarschaftshilfe oder geben Tipps zur autarken Lebensmittelversorgung. Rechtsextreme Hilfsangebote reagieren im Einzelfall durchaus auf konkrete

Notlagen im Gemeinwesen, sind jedoch gleichzeitig mit Krisendeutungen verknüpft, die rassistisch, antisemitisch, antifeministisch und demokratieverachtend sind. Rechtsextremen Deutungs- und Hilfsangeboten muss deshalb eine klare Absage erteilt werden. Widersprüche und Ungewissheiten aushalten zu können und gleichzeitig solidarisch mit all denen zu sein, die unter der Krise besonders leiden – darum geht es im Umgang mit der komplexen und unberechenbaren Pandemie.

Judith Rahner leitet den Projektbereich zur Stärkung der bundesweiten Zivilgesellschaft im Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention. Simone Rafael ist Chefredakteurin von »Belltower. News – Netz für digitale Zivilgesellschaft«.

Aktionstag gegen Verschwörungsmythen und Antisemitismus

Derzeit erreichen Fake-News und Verschwörungsmythen rund um das Corona-Virus ein Millionenpublikum. Solche teils harmlos wirkenden Erzählungen ebnet den Weg in antisemitische und rassistische Weltbilder, die zu konkreten Angriffen führen: Jüdinnen und Juden, asiatisch gelesene Personen, Asylsuchende, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Wissenschaftler*innen sind davon betroffen.

Aber was sind Verschwörungsmythen überhaupt, wie erkennt man sie und was kann man dagegen tun? Gemeinsam mit dem Anne Frank Zentrum veranstaltet die Amadeu Antonio Stiftung am 15. Mai einen Digitalen Aktionstag gegen Verschwörungsmythen und Antisemitismus. In Live-Diskussionen, Webinaren und mithilfe des Entschwörungsgenerators geben wir Tipps zum Umgang mit Verschwörungsmythen, verbreiten demokratie-stärkende Gegenerzählungen im Netz und regen an, sich bei so manchen Meldungen zu fragen: Seriously? #glaubnichtalles, was du hörst!



Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen

Platz haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für

sie und ihr Engagement wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat sowie mit finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

Von Normalität weit entfernt

Am Abend des 19. Februar saß Dominique Baltas in der Arena-Bar – und hat überlebt. Fast drei Monate ist es her, dass Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nessar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov in Hanau aus rassistischen Motiven ermordet wurden. Von Normalität ist Baltas Alltag seitdem weit entfernt. »Es kommt mir so vor, als sei es gestern passiert«, berichtet der Sänger der Band »Feuerherz«. Er hat Schlafstörungen und Alpträume, kann nicht regelmäßig essen und ist ängstlich geworden. Der Anschlag geschah an Orten, die für viele der Überlebenden sogenannte »Safer Spaces«, also vertraute und sichere Räume waren. »Das macht die Verarbeitung der Tat noch schwieriger«, erklärt Justyna Staszczak von der Beratungsstelle Response für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. »Das Sicherheitsgefühl der Betroffenen ist massiv erschüttert. Denn wenn Orte, an denen sie sich so sicher gefühlt haben, zum Tatort werden – welche Orte sind dann noch sicher?«

Wie Baltas trifft die Corona-Krise die Überlebenden und Hinterbliebenen von Hanau besonders hart. Städtische Unterstützungsangebote wie die psychosoziale Beratung wurden reduziert oder sind schwerer zu erreichen. Das Jugendzentrum »k.town« in der Hanauer Kesselstadt, eine zweite Heimat für viele junge Menschen und erste Anlaufstelle nach dem Anschlag, bleibt geschlossen. Hinzu kommt die soziale Isolation: »Man ist zu Hause eingesperrt und hat nicht den sozialen Kontakt, den man eigentlich nach einem solchen Geschehnis bräuchte – mit Freunden darüber zu reden, sich abzulenken, rauszugehen«, berichtet Baltas im NSU-Watch-Podcast.

Trotz Corona-Krise ist Response gemeinsam mit anderen Initiativen für die Betroffenen da. Bietet psychosoziale Beratung an, unterstützt

dabei, Anträge auf Härteleistungen zu stellen, begleitet zur Behörde, hilft, den Umzug aus der Wohnung in unmittelbarer Nähe zum Tatort zu organisieren. Doch die Bedarfe sind enorm und die Betroffenengruppe riesig. Dazu gehören die Familien der Todesopfer, deren Freund*innen, Lebenspartner*innen, die Überlebenden und deren Angehörige, die Jugendlichen aus dem Stadtteil. Zu den Traumata und der emotionalen Belastung kommen für viele Hanauer*innen Existenzsorgen. Einige Familien haben Hauptverdiener*innen verloren. »Zudem stehen viele vor der Frage, ob sie ihre Läden überhaupt weiterführen können«, erklärt Beraterin Staszczak. »Diese Räume, die vorher Orte voller Leben mitten in der Stadt waren, sind jetzt so sehr von Angst besetzt.«

Die rechtliche Lage macht die Situation nicht einfacher. Betroffene rechter Gewalt haben Anspruch auf Entschädigungszahlungen. Allerdings sind laut Gesetz nur Kernfamilie und Lebenspartner*innen berechtigt. »Der enge Anwendungsbereich geht an den Bedarfen der Menschen in Hanau vorbei«, resümiert Sarah Hauptenthal, die den CURA-Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt der Amadeu Antonio Stiftung leitet, »das gilt besonders vor dem Hintergrund dessen, wie rechte Gewalt funktioniert – als Botschaftstat, die in der ganzen Community Angst verbreiten soll, Ziel eines rassistischen Anschlags zu werden.«

Unmittelbar nach dem Anschlag fanden Politiker*innen aller demokratischen Parteien klare Worte zur Anerkennung der politischen Tatmotivation. Die Betroffenen fordern, dass ihnen Taten folgen. Doch der Stand der Dinge ist ernüchternd. Bemühungen zur Erinnerungsarbeit gibt es von offizieller Seite bisher nicht. Für das Gedenken an die Todesopfer sorgt derzeit ausschließlich die Zivilgesellschaft, so beispielsweise die Initiative

19. Februar. Anfang Mai eröffnete sie mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung einen Begegnungsraum, der den Hinterbliebenen jederzeit zum Austausch offensteht.

Auch das Fazit der Hinterbliebenen-Anwält*innen zu den Ermittlungen des Bundeskriminalamts beschämt. Auf die drängenden Fragen der Familien sei bisher nicht geantwortet worden. Noch immer wissen sie nicht, wie ihre Liebsten ums Leben gekommen sind, ob sie noch lange leiden mussten. Auch ob der Täter Kontakt zu Polizeibehörden hatte, wie es zwischenzeitlich hieß, und welche Konsequenzen aus den Informationen über ihn gezogen wurden, bleibt unbeantwortet. Diese Politik der Intransparenz führe zu einer weiteren Belastung der Überlebenden und Angehörigen, kritisieren die Anwält*innen in ihrer Pressemitteilung.

Bei der Trauerfeier appellierte Ajla Kurtović, die Schwester des ermordeten Hamza Kurtović: »Sorgen Sie, liebe Politiker*innen, dafür, dass die Umstände dieses schrecklichen Verbrechens restlos aufgeklärt werden.« Kioskbesitzer Kemal Kocak fügt hinzu: »Ich möchte nicht mehr viele Worte hören, ich möchte Taten sehen, damit so etwas niemals wieder passiert.« Ob die Ermittler*innen aus dem NSU gelernt haben? Fraglich.

Von Franziska Schindler

Um die Hinterbliebenen des Anschlags von Hanau zu unterstützen, hat die Amadeu Antonio Stiftung gemeinsam mit der Bildungsstätte Anne Frank, dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, der Initiative 19. Februar und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma eine Spendenaktion gestartet und mehr als 100.000€ gesammelt. Sie möchten Betroffene rechter Gewalt unterstützen? www.amadeu-antonio-stiftung.de/curaspende

10 Tipps gegen den Hass

Von Lorenz Blumenthaler

Offline funktioniert physical distancing, in den Sozialen Medien sind Nazis, Hater*innen und Trolle zur Zeit dafür umso präsenter. Wer Rassismuserfahrungen im Zusammenhang mit dem Virus schildert oder auf Antisemitismus in Corona-Verschwörungserzählungen hinweist, kommt um Hate Speech kaum herum. Damit Sie auch während des Lockdowns gegen Hass im Netz gerüstet sind, stellen wir 10 Tipps aus unserer Publikation »Menschenwürde online verteidigen« vor. Übrigens: Was online klappt, geht auch offline.

Menschenfeindlichkeit nicht unwidersprochen stehen lassen

Hate Speech ist gewalttätige Sprache, mit der Gruppen von Menschen beleidigt und letztendlich vom Diskurs ausgeschlossen werden sollen. Deswegen ist es umso wichtiger, Menschenfeindlichkeit zu benennen und nicht unwidersprochen zu lassen.

Sorgfältig auswählen

Wählen Sie die Kommentare, auf die Sie antworten, sorgfältig aus! Wo lohnt sich die Diskussion? Welche Fakten können Sie anführen, um die Behauptungen Ihres Gegenübers zu entkräften? Lieber weniger und dafür wirkungsvoller diskutieren.

Stille Mitleisende überzeugen

Argumentieren Sie sachlich. Häufig geht es bei Gegenrede nicht darum, ihr Gegenüber, sondern stille Mitleisende zu überzeugen und zu ermutigen, sich ebenfalls zu beteiligen.

Demokratische Argumente stärken

Hasskommentare werden von einer lautstarken Minderheit gesendet. Weil diese oft wie die Mehrheit wirkt, ist es unerlässlich, demokratische Argumente zu stärken. Ob mit Solidaritätskundgebungen oder »Likes« – erhöhen Sie die Reichweite demokratischer Inhalte und zeigen Sie Ihren Mitstreiter*innen, dass sie nicht auf sich allein gestellt sind.

Blockieren und ignorieren

Meinungsfreiheit heißt nicht, dass Sie alle menschenfeindlichen Äußerungen lesen und ertragen müssen. Gerade während eines Shitstorms kann es hilfreich sein, besonders beleidigende User*innen zu blockieren, um zu verschaffen und Schaden von sich abzuwenden. So bleiben Sie auch in brenzligen Situationen handlungsfähig.

Don't feed the troll

Trolle wollen nicht diskutieren, sondern Diskussionen sprengen. Oftmals reicht ein Blick ins Profil der Kommentierenden, um sich zu vergewissern, mit wem man es zu tun hat.

#derailing und #whataboutism

Eine beliebte Taktik ist es, durch abstruse Vergleiche oder fremde Thematiken vom eigentlichen Thema abzulenken oder es zu verharmlosen. Lassen Sie sich nicht darauf ein, erinnern Sie an das eigentliche Thema und fragen Sie nach, warum die Person ablenkt.

Unterstützung zeigen

Hassrede trifft nicht alle gleich. Schwarze Menschen, Geflüchtete und Frauen* sind besonders stark von digitalem Hass betroffen. Seien Sie solidarisch und fragen Sie Betroffene, was sie brauchen. Oft hilft es schon, zu wissen, dass man nicht allein ist.

Strafrechtlich relevante Inhalte anzeigen oder melden

Über strafrechtlich relevante Posts müssen Sie nicht diskutieren. Dokumentieren Sie den Vorfall, melden Sie ihn bei den Sozialen Netzwerken und erstatten Sie Anzeige. Spezialisierte Meldestellen wie HateAid kümmern sich für Sie um das Prozedere.

Achten Sie auf sich

Sich Hassrede auszusetzen, kostet viel Kraft und ist psychisch belastend – verlieren sie den Selbstschutz nicht aus den Augen. Holen Sie sich Unterstützung – es gibt sie!



©Initiative 19. Februar

GEFÖRDETES PROJEKT

Am 5. Mai war es soweit: Das Begegnungs- und Beratungszentrum der Initiative 19. Februar öffnete seine Türen. »Nach dem rassistischen Anschlag wurde schnell klar, dass es dringend einen Raum braucht, wo Leute hinkommen können, einen Ort, der immer offen ist«, erklärt Traumapädagogin Newroz Duman. Gemeinsam mit anderen Enga-

gierten entschloss sie sich, einen solchen Raum zu schaffen. In der Krämerstraße 24 fanden sie ein geeignetes Ladenlokal. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt bei der Renovierung. Das Begegnungszentrum ist für individuelle Beratungsgespräche trotz der Corona-Krise geöffnet. »Diese Menschen brauchen Halt. Wir können nicht warten, bis das alles vorbei ist«, erklärt Duman.

»Man kommuniziert ganz anders, wenn man sich ins Gesicht schauen kann«, ergänzt Hagen Kopp. Das Zentrum soll auch dafür sorgen, dass der Terror von Hanau im öffentlichen Gedächtnis bleibt, »damit trotz Corona-Krise nicht alles verdrängt werden kann«, so Kopp. »Es ist ein Ort, an dem Menschen sich gegenseitig darin bestärken können, weiterhin Aufklärung zu fordern.«

Weder Einzelfall noch Einzeltäter



Als der Attentäter von Hanau am 19. Februar zehn Menschen und anschließend sich selbst erschoss, wurde furchtbare Realität, wovor Expert*innen und Zivilgesellschaft lange warnten: Seit Jahren geht die Tendenz zum einzelnen Täter, der sich selbstständig über Online-Videos und Manifeste anderer radikalisiert. Der Attentäter von Hanau wollte diese Reihe des gegenseitigen »Aufstachelns« fortsetzen. Auf seiner Internetseite veröffentlichte er verschwörungsideologische Videos und ein 24-seitiges Manifest – voll von Rassismus, islamfeindlicher Hetze, radikalen Vernichtungs-

fantasien. Gerahmt von wahnhaften Beschreibungen seines Lebensverlaufs: Von Kindesbeinen an sei er von Geheimdiensten überwacht und unter Druck gesetzt worden.

Die paranoiden Schilderungen wurden schon unmittelbar nach der Tat von all jenen verharmlosend ins Feld geführt, deren alltägliche Hetze in Sozialen Netzwerken und Parlamenten ebensolchen Taten den Weg bereitet. Der Tenor: Es handele sich um einen geistig verwirrten Einzeltäter, mit Rechtsextremismus habe das nichts zu tun. Doch psychische Erkrankungen und menschenverachtende Ideologien schließen sich nicht aus, im Gegenteil: Im Verschwörungsgedanken treffen Wahn und Paranoia auf fruchtbaren Boden. Die Angst, von einer höheren Macht kontrolliert zu werden, geht mit dem Gefühl einher, ihr Wirken durchschaut zu haben.

In einer komplexen Welt liefern Verschwörungserzählungen einfache Antworten und verlässliche Gewissheiten: Der Lauf der Welt wird verständlich, es gibt für alle Probleme eine Lösung. Denn nun, da man sich nicht mehr täuschen und kontrollieren lässt, könne man endlich selbstbestimmt handeln und die »natürliche Ordnung« wiederherstellen. Was für Außenstehende wirr klingt, ist für Verschwörungsideolog*innen eine sinnhafte Erzählung. Solche Vorstellungen als Symptom einer psychischen Krankheit abzutun, verharmlost die Gefahr. Denn neben einfachen

Weltbildern schaffen Verschwörungserzählungen klare Rollen. Wo das »große Ganze« – wie beispielsweise das »Volk« – angegriffen wird, müssten die »Bösen« und ihre Machenschaften aufgehoben werden. Durch die »Guten«, die Aufgeweckten – und mit allen Mitteln. Der Attentäter, der im Oktober 2019 in Halle eine Synagoge stürmen wollte, war überzeugt von der »Jüdischen Weltverschwörung«. Auch der Attentäter von Hanau wusste ganz genau, wer die Feinde sind – und wählte seine Opfer, allesamt mit Migrationshintergrund, gezielt aus.

Verschwörungsideologien sind ein Einfallstor für die immer weitere Radikalisierung menschenfeindlicher Einstellungen. Seit einigen Jahren geht die Tendenz hin zu einzelnen Tätern – die trotzdem keine »Einzeltäter« sind. Sie ideologisieren sich selbstständig über Online-Videos, Chatgruppen und Manifeste anderer. Sie brauchen keine Kameradschaften mehr. Trotzdem tauschen sie sich aus, deutschlandweit und international, über verschwörungsideologische Blogs, rechts-alternative Medien und Chatgruppen. Diese haben eine enorme Deutungshoheit und verzerren die Wahrnehmung von Realität, bis es zu einer alternativen Wirklichkeit kommt. Eine Wirklichkeit, in der rechtsextreme Gewalttäter das Gefühl haben: »Heute ist Tag X gekommen, die Mehrheit steht hinter mir, ich schreite zur Tat.« Es muss damit gerechnet werden, dass in diesem Moment bereits das nächste Manifest verfasst wird.

Von Robert Lüdecke
©Initiative 19. Februar



Protokolle der Ausgrenzung



Seit Ausbruch von Covid-19 sind asiatische und asiatisch gelesene Menschen zunehmend enthemmtem Rassismus ausgesetzt. Sie werden angefeindet und bezichtigt, Infizierte zu sein. Verschwörungsideologien heizen die rassistische Stimmung an. Zwei Betroffene berichten.

Nashi (25), Rapperin

Die Pandemie bedeutet für mich aufgrund der Selbstisolation viel Einsamkeit. Ich glaube, dass das auch damit zu tun hat, dass ich mich seit Ausbruch des Virus immer weniger nach draußen getraut habe. Es war mir einfach unangenehm, in der Öffentlichkeit womöglich mit anti-asiatischem Rassismus konfrontiert zu werden. Das Virus hat sich im Februar in Europa verbreitet. Da fingen die Leute an, in asiatisch gelesenen Menschen das Virus zu sehen. Das hat sich bei mir verschieden ausgewirkt. In der U-Bahn wollte ich mich gar nicht mehr hinsetzen, da ich dachte, die Leute würden mich komisch anschauen oder sich von mir wegsetzen. Ich habe mich einfach gleich in die Ecke gestellt und Augenkontakt gemieden. Jetzt, wo die Leute nicht mehr raus sollen, war es für mich eine Erleichterung. Ich musste mich dem nicht mehr aussetzen.

Trotzdem mache ich mir Gedanken, gerade wenn ich mit einer Maske raus muss. Ich bin jetzt in Sachsen, wo es eine Maskenpflicht gibt und das

macht es wieder komisch. Es ist so ein Dauerstress. Ich erinnere mich an einen Fall in einem Club. Auf der Tanzfläche rief mir ein Typ mehrmals »Corona« zu. Er hat mir das einfach so an den Kopf geworfen. Als ich ihn konfrontiert habe, tat er so, als wüsste er nicht, wovon ich rede. Er und seine Freunde hatten mich auch geschubst. Das war krass. Wir sind dann zu den Securities gegangen und wollten ihn rauswerfen lassen, aber da war er schon weg. Wie feige. Die Pandemie macht den unterschweligen Rassismus, der seit Jahren da ist, sichtbar. Es ist total irrational, Aussehen mit irgendwelchen Eigenschaften zu verbinden, etwa wie mit Corona infiziert zu sein. Das ist für mich der Kerngedanke von Rassismus. Nicht-weißen Minderheiten werden aufgrund ihres Aussehens Lebens- und Verhaltensweisen zugeschrieben.

Ich wünsche mir, dass man daraus lernt und sich auch mehr mit anti-asiatischem Rassismus befasst. Das gelingt eher, wenn man mehr asiatisch-gelesenen Deutschen eine Plattform gibt. Sei es in den Medien oder der Politik. Man muss verstehen, dass es verschiedene Lebensrealitäten gibt und man eine Person nicht mit einer ganzen Gruppe, einem ganzen Kontinent gleichsetzen kann. Ich wünsche mir mehr Repräsentation, sodass es Leuten, die sich nicht damit auseinandersetzen, nähergebracht wird.



©Charlotte Polak
©Junshen Wu

Junshen Wu (31), Fotograf

Ich komme aus Wuhan und lebe seit acht Jahren in Berlin. Gleich zu Beginn der Pandemie erlebte ich die dunkelste Zeit. In Wuhan hatte man noch nicht so viele Informationen, alles war unklar. Trotzdem musste man damit umgehen. Am 23. Januar kam der Lockdown in Wuhan über Nacht. Ich war wie paralysiert. Die erste Reaktion ist nicht immer rational, aber ich wollte sofort hin, um bei meiner Familie zu sein. Klar war das Unsinn. Die müssen sich um sich selbst sorgen. Irgendwann sah man, wie viele Leute gestorben sind, wie schnell sich das Virus verbreitet hat. Ich fragte mich immer, ob jemand betroffen ist, den ich kenne. Dadurch, dass ich nicht da sein konnte, war es sehr schwer. Ich bin instabil geworden, manchmal super traurig.

Dann kam das Mediale. Der Spiegel hatte einen Titel: »Coronavirus – Made in China« und einen angeblich satirischen Artikel. Darin hieß es: »Ein wenig Rassismus geht schon in Ordnung!«. Ich fand es geschmacklos. Es ist nicht die Zeit, so eine Satire zu publizieren. Die Situation ist eh schwer und dann musste ich auch noch damit leben. Das ist nicht rational, aber es fühlte sich an, als seien alle gegen mich. Sogar wenn ich auf der Straße war. Ich hatte zeitweise Sorgen, allein in den Supermarkt zu gehen, besonders als eine chinesische Studentin in Moabit zusammengeschlagen

wurde. Das war dann eben mein Alltag in Berlin und das hat mich erschreckt.

Ich bin froh, dass es Leute gibt, die sich gegen das Stigma aussprechen und aussehen wie ich. Das hat Mut gemacht. In den letzten Jahren habe ich mich mehr mit Rassismus beschäftigt. Ich lebe lang genug in Deutschland und stecke im Prozess, in dem ich meine Identität in dieser Gesellschaft finde. Zu Beginn habe ich mich immer zurückgehalten, kann aber mittlerweile Kulturen verbinden. Durch die Pandemie ist alles zurückgegangen. Bei einem rassistischen Angriff würde ich mich normalerweise wehren, aber ich bin so erschöpft. Mir fehlt die Energie. Ich glaube nicht unbedingt, dass die Situation für Minderheiten besser geworden ist, aber wir stecken jetzt schon so lange in dieser Pandemie und vielleicht blockiert man dann auch bestimmte Informationen, um weitermachen zu können. Ich weiß nicht, was es jetzt besser machen würde. Die Dämonisierung von allen Chinesen muss aufhören, auch wenn man Verantwortliche finden will. Wenn ich mir etwas wünsche, dann, dass Minderheiten mehr zu Wort kommen und man nicht nur über uns, sondern mit uns spricht.

Protokolle: Nhi Le. Mehr Informationen zu anti-asiatischem Rassismus finden Sie auf www.amadeu-antonio-stiftung.de/antiasiatischer-rassismus.

»Es bleibt eine Gratwanderung«

Dr. Matthias Pöhlmann ist Beauftragter für Sektens- und Weltanschauungsfragen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Mit der Amadeu Antonio Stiftung sprach er darüber, welche Gemeinsamkeiten es zwischen Sektens und Verschwörungsideologien gibt, warum sie so attraktiv wirken und was im Umgang mit Anhänger*innen hilft.

Herr Pöhlmann, was macht eine Sekte aus?

Herkömmlich sind das Gemeinschaften, die sich von anderen mit vermeintlich elitärem Wissen und einem Absolutheitsanspruch abgrenzen: Das Heil liegt nur innerhalb der eigenen Gruppe, während die Außenwelt als böse und gefährlich dargestellt wird. Meistens steht an der Spitze ein charismatischer Führer, der weiß, was gut für einen ist. Bei dem Begriff Sekte muss man allerdings vorsichtig sein, denn er ist stark vorverurteilend.

Oft wird gesagt, Sektensangehörige würden einer »Gehirnwäsche« unterzogen. Stimmt das?

Diesen Begriff versuche ich zu vermeiden, denn wer sich solchen Gemeinschaften anschließt, tut das freiwillig. Wir sprechen eher von einem Schlüssel-Schloss-Prinzip: Das Angebot muss genau zu meinem aktuellen Lebensthema passen. Jemand der sich für die Zeugen Jehovas interessiert, sucht Sicherheit, während es für Anhänger einer Psychoorganisation wie Scientology eher um Methodengläubigkeit geht. Ich denke, jede und jeder ist letztendlich in besonderen Lebenssituationen für solche Angebote empfänglich.

Funktionieren Sektens und verschwörungsideologische Gemeinschaften ähnlich?

Das Selbstempfinden der Menschen ist ähnlich. Vielleicht fehlt in Verschwörungskreisen der einzelne Guru oder spirituelle Anführer. Stattdessen schafft man sich sein Arsenal an unterschiedlichen Gewährsleuten. Mit dem gleichen Resultat: Man fühlt sich einer erleuchteten Elite zugehörig. In beiden Bewegungen geht es zudem darum, die Welt erklärbar und übersichtlicher zu machen. Man möchte im sinnlosen Sinn finden – auch in Zufällen.

Gibt es unter den sektensartigen Gemeinschaften Gruppierungen, die besonders stark mit Verschwörungsideologien verbunden sind?

Ein Einfallstor für den Verschwörungsglauben sehe ich in der sogenannten Esoterikszone. Die moderne Esoterik erhebt Anspruch auf ein höheres Wissen, das nur sensiblen und erleuchteten Menschen zugänglich ist. Es heißt, man könne den Institutionen nicht mehr vertrauen, weil die fremdgesteuert seien. Stattdessen müsse man noch stärker in sein Inneres hineingehen. In der Corona-Krise wird gesagt, das Virus sei ein Durchgangstor zur spirituellen Erleuchtung. Manche entwickeln Zahlencodes, mit denen man sich gegen Covid-19 schützen könne – man müsse sie nur auf einen Zettel schreiben und überall hinpinnen.

Das klingt abenteuerlich! Und wissenschaftsfeindlich...

Wissenschaftsfeindlichkeit spielt sicherlich eine große Rolle. Die moderne Esoterik ist besonders anfällig, weil sie zum Alltag der Menschen gehört und gleichzeitig ein spezielles Sensorium für gesamtgesellschaftliche Krisenlagen und Verunsicherungen entwickelt hat. Da findet eine Politisierung statt.

Was meinen Sie damit?

Die Esoterikszone bedient das Aufleben des Rechtsextremismus: Es werden Misstrauen und Hass gegen die Politik und staatliche Institutionen gesät und gesagt, dass die überwunden werden müssen. In diese Lücke dringen dann zum Teil rechtsextremistische Aktivitäten vor. Das ist gefährlich, weil Esoterik in unserer Gesellschaft stark verbreitet ist. Man schätzt, dass im Jahr etwa 20-25 Milliarden Euro allein in dieser Szene umgesetzt werden.

Sie beraten Angehörige von Sektensanhänger*innen. Was lässt sich auf den Umgang mit Verschwörungsideolog*innen übertragen? Wie kann man deren Weltbild ins Wanken bringen?

Das ist wirklich schwierig. Absolut überzeugte Verschwörungsgläubige wird man mit sachlichen Gegenargumenten sicherlich nicht dazu bringen,

ihr Weltbild aufzugeben. Es gibt aber auch Fälle von Menschen, die nur der einen oder anderen Verschwörungstheorie anhängen. Ich versuche mit den Ratsuchenden die Genese des Interesses herauszuarbeiten: Welche biografischen Themen gibt es? Häufig spielen Zukunftsangst und berufliche Sorgen eine Rolle. Es ist wichtig, empathisch mit den Verschwörungsgläubigen zu sein. Und ich würde unbedingt dazu raten, den Kontakt nicht abbrechen zu lassen.

Trotz zum Teil menschenfeindlicher Aussagen?

Rote Linien müssen benannt werden, das ist klar. Bekehrungsmanöver sollte man sich verbitten. Es bleibt eine Gratwanderung – den Betroffenen ernst zu nehmen, zu signalisieren, dass man ihn mag, und sich gleichzeitig zu positionieren. Ich würde empfehlen, sich unbedingt an Beratungsstellen zu wenden. Und: Achten Sie auf sich selbst. Man kann sich bei seiner tätigen Hilfe auch völlig verausgaben, aber damit ist niemandem geholfen.

Mit rationalen Argumenten kommt man also gar nicht weit?

Doch, in manchen Fällen schon. Es ist ganz wichtig, in der Erwachsenenbildung und auch in den Medien aufzuzeigen, wie Verschwörungsideologien funktionieren und welche Macht sie über den einzelnen entwickeln können. Mit Faktenchecks kann man Leuten, die noch nicht so tief drinstecken, ein kritisches Instrumentarium an die Hand geben.

Aber?

Aufklärung tut Not, doch sie ist kein Patentrezept, weil das Leben oft komplizierter ist. Letztendlich ist die Frage der Menschen: Was trägt mein Leben? Was gibt mir Sinn und Halt? Dann kann man als Angehöriger fragen: Sind denn diese Botschaften, die da vermittelt werden, wirklich tragfähige Antworten – oder erreichen sie nicht eines, nämlich den Hass in die Gesellschaft zu tragen, zu spalten? Wenn man sich darauf einigen kann, besteht Hoffnung.

Das Interview führte Franziska Schindler.



© ELKB,
McKean

Neues Entschwörungshandbuch ist da!

Verschwörungsideologien richten sich in ihren Forderungen gegen die Grundwerte liberaler Demokratien und die individuellen Menschenrechte. Vermeintlich üben sie Kritik an Politik und Gesellschaft, doch tatsächlich reduzieren sie komplexe Zusammenhänge auf das Wirken einzelner Personen oder Gruppen, die ihnen zum Feindbild werden. Verschwörungserzählungen entwerfen ein apokalyptisches Bild, aus dem es nur einen Ausweg zu geben scheint: den Kampf der Guten gegen die »Verschwörung«. Viele Menschen sind derzeit zum ersten Mal mit Verschwörungsmethoden in ihrem persönlichen Umfeld konfrontiert. In unserer neuen Publikation »Wissen, was wirklich gespielt wird – Krise, Corona und Verschwörungserzählungen« entkräften wir die gängigsten Verschwörungsmethoden rund um den Corona-Virus und geben Tipps zum Umgang mit Anhänger*innen von Verschwörungsideologien. Die Publikation ist zum Download verfügbar auf www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/coronaentschwörung.

»Es muss darum gehen, Stück für Stück wieder im öffentlichen Raum präsent zu sein«



© Peter van Heesen

Jugendzentren bleiben geschlossen, Gedenkveranstaltungen werden abgesagt, an Kundgebungen ist nicht zu denken. Wie kann zivilgesellschaftliches Engagement in diesen Zeiten weitergehen? Timo Reinfank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung, gibt Antworten.

Wie geht es der Zivilgesellschaft zur Zeit?

Die jetzige Situation ist für die Zivilgesellschaft eine besondere Herausforderung: Die klassischen Aktionsformen funktionieren nicht, es ist viel schwieriger, Öffentlichkeit für die eigenen The-

men zu schaffen. Aber die Zivilgesellschaft muss weiter aktiv sein, weil Feinde der Demokratie die aktuelle Situation instrumentalisieren.

Wie tun sie das?

Rechtsextreme nutzen die üblichen Narrative, beispielsweise, dass Geflüchtete an allem schuld seien. Oder sie verbreiten antisemitische Verschwörungserzählungen. In Ostdeutschland erleben wir, wie sie an das Milieu von Bürgerrechtler*innen anknüpfen und vollkommen inakzeptable Vergleiche zwischen der DDR und der aktuellen Situation ziehen: Die gegenwärtigen Maßnahmen ähnelten denen einer Diktatur. Dabei ist der demokratische Diskurs im Moment keineswegs eingestellt.

Wie steht es um die Grundrechte?

Die Einschränkung der Demonstrationsrechte ist natürlich sehr problematisch. Ich denke, da haben die Bundesländer aber gemerkt, dass sie über das Ziel hinausgeschossen sind. Man muss jetzt adäquate Formen finden, wie man Demonstrationen in Zeiten von Corona möglich und den öffentlichen Raum demokratischen Initiativen zugänglich macht.

Gibt es schon Beispiele für neue Aktionsformen?

Von Plakaten und Street Art im öffentlichen Raum, die den Lockdown oder Rassismus thematisieren über Online-Demonstrationen mit Zuschauerbeteiligung oder Balkonveranstaltungen – die Zivilgesellschaft hat schon an vielen Orten Wege gefunden, aktiv zu sein. Solidarität ist da ein zentrales Thema. Das gemeinsame Klatschen und Singen von italienischen Partisanenliedern fand ich cool.

Findet zivilgesellschaftliches Engagement ab jetzt vor allem im Netz statt?

Viele Initiativen haben bereits tolle digitale Formate entwickelt – Webinare, Podcasts, sogar ganze Online-Festivals. Jetzt muss es darum gehen, Stück für Stück wieder im öffentlichen Raum präsent zu sein, denn digitale Treffen können persönliche Gespräche, direkte Solidarität und lokale Vernetzung nicht ersetzen. Auch innovative analoge Formate sind gefragt. Das schaffen die Rechtsradikalen ja leider auch: In der sächsischen Oberlausitz haben rechtsextreme Demonstrationen Meinungsspalten in den lokalen Zeitungen beherrscht. Die AfD hat angefangen, Beilagen für die Umsonst-Zeitungen zu erstellen. Man kann

sich nicht darauf ausruhen, dass die AfD gerade in Umfragen verliert. Die demokratischen Parteien müssen präsenter werden.

Was sollte die Politik tun, um die Zivilgesellschaft zu unterstützen?

Die Politik muss sehen, dass die Zivilgesellschaft gerade eine ganz sensible Funktion erfüllt, und ihr dabei helfen, sichtbar zu sein. Dazu gehört, die Initiativen finanziell zu unterstützen, damit sie die notwendigen Techniken und Programme nutzen kann. Gleichzeitig gehen die Anfeindungen gegen die Zivilgesellschaft weiter. Das Gemeinnützigkeitsrecht wird genutzt, um Vereine und Verbände zu drangsalieren. Es muss schnellstmöglich modernisiert werden. Nicht zuletzt fehlt noch immer eine bundesweit koordinierte Strategie zur Rechtsextremismusprävention. Viele Maßnahmen blieben weitestgehend symbolisch, ein nachhaltiges Vorgehen auf Bundesebene fehlt bis jetzt. Wir setzen Hoffnungen auf den Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus der Bundesregierung, der nach dem Attentat von Hanau eingesetzt wurde.

Das Interview führte Charlotte Sauerland.

»Omas gegen Rechts« erobern das Internet

GEFÖRDERTES PROJEKT Zu Zeiten der Corona-Krise verlagert sich das Engagement gegen Rechtsextremismus ins Netz. Aber wie daran teilhaben, wenn man nicht in der digitalen Welt aufgewachsen ist? Vor dieser Herausforderung steht gerade die ältere Generation. So auch die »Omas gegen Rechts«.

Die Initiative gegen Rechtsextremismus und Rassismus war bisher vor allem auf Demonstrationen anzutreffen. Doch schon länger haben die Gießener Omas vor, ihr Engagement auch auf die Online-Welt auszuweiten. Eigentlich sollten sie gemeinsam eine Medienkompetenz-Schulung besuchen. Wegen der Corona-Pandemie mussten sie jedoch umplanen. Die Gruppe entschied kurzerhand, das Seminar in einen digitalen Konferenzraum zu verlegen.

Am 18. und 19. April 2020 lernten die Omas, wie Aktivismus im Netz funktioniert. Ganz besonders wichtig ist ihnen, Hassrede zu erkennen und darauf zu reagieren. »Wir möchten uns Medienkompetenz aneignen, um diesem Hass wirksam zu begegnen« so Dorothea von Ritter-Röhr. Besonders die Erfahrungen der älteren Generation seien wertvoll, um der Geschichtsvergessenheit entgegenzuwirken, findet die engagierte Oma. Im zweiten Teil der Schulung diskutierten die Teilnehmerinnen über Datenschutz und Privatsphäre und tauschten sich über die Besonderheiten der vier sozialen Netzwerke Facebook, Instagram, YouTube und Twitter aus. »Ich bin selber ganz neugierig, was wir in diesen neuen Medien finden werden« betont von Ritter-Röhr. Den Gießener Omas hat ihr erster Ausflug in die Welt des Netz-Aktivismus gut gefallen. Trotz einiger Schwierigkeiten mit der Internetverbindung waren die Teilnehmerinnen begeistert über ihre neuen Möglichkeiten: »Insbesondere die Gelegenheit, sich mit anderen Teilnehmerinnen per Videokonferenz auszutauschen und an einer offenen Diskussion teilzunehmen, ist positiv aufgefasst worden« so von Ritter-Röhr. Die Teilnehmerinnen sind motiviert, sich zukünftig vermehrt in den sozialen Netzwerken zu engagieren. Einige haben sich nach dem Webinar bereits an einer Online-Aktion von Fridays for Future unter dem Motto #netzstreikfürsklima beteiligt.

Gefördert wird das Projekt durch die »Melting Pott«-Kampagne von Ben & Jerry's, dem FC St. Pauli und der Amadeu Antonio Stiftung.

Von Jule Müller-Dormann

Workshops in die Wohnzimmer!



Sie können auch online: Die Musiker der Banda Internazionale machen Stimmung in der Bude

© Banda Internazionale

GEFÖRDERTES PROJEKT Für dieses Jahr hatte sich die Banda Internazionale aus Dresden einiges vorgenommen. Dann kam die Corona-Krise, und alle Pläne hatten ein jähes Ende. Anstatt Rechtsradikalen mit Blasmusik zu widersprechen, sitzen die 16 Mitglieder der Dresdner Brassband jetzt zu Hause. »Ich vermisse es so sehr, auf die Straße zu gehen, um laut gegen Hassverbreiter zu spielen«, berichtet Thabet. Seit er 2015 in Dresden angekommen ist, musiziert er in der Kapelle. »Eigentlich wollte ich damals nur meine Oud reparieren lassen, die beim Transport aus der Türkei nach Deutschland kaputtgegangen ist«, erzählt der Medizinstudent aus Syrien. Auf der Suche nach einem Gitarrenbauer findet er sich in der Küche von Klarinetist Michal wieder, und besucht noch am selben Abend seine erste Probe.

Als Banda, damals noch mit dem Zusatz »Comunale«, haben sich die Dresdner Musiker bereits 2001 gegründet – um am 13. Februar gegen den größten Neonaziaufmarsch Deutschlands in den Straßen ihrer Stadt anzupspielen. Michal war von Anfang an dabei. Über die Jahre wurde aus der Demo-Band ein gefragtes Ensemble mit mehr als 50 Konzerten im Jahr. »Wir wollen durch Musik Berührungsängste abbauen«, erklärt Thabet. Seit drei Jahren tourt die Band dafür durch Sachsen und bietet Workshops an Schulen an. Gerade in ländlichen Regionen, wo es wenig Angebote gibt

und Jugendzentren häufig von Rechtsradikalen unterlaufen sind, füllen sie eine Leerstelle. »Es ist mehrmals passiert, dass wir an eine Schule in irgendeinem Dorf kamen und die Kinder in ihrem ganzen Leben noch keinen Ausländer gesehen hatten – und trotzdem hatten sie Angst«, erzählt Thabet. »Sie hören eine Fluchtgeschichte, lernen Instrumente aus anderen Ländern kennen, lernen Menschen kennen, die hier eine neue Heimat gefunden haben«, erklärt Michal.

Als Thabet mit seiner Oud in Chemnitz auftritt, ist eine Grundschülerin aus einem der Workshops unter den Konzertbesucher*innen. Sie hat ihre Mutter mitgebracht. Erklärt, woher die Oud kommt und dass die mesopotamische Gitarre die Mutter aller Saiteninstrumente ist. Das hat sie im Banda-Workshop gelernt. »Ich war sehr beeindruckt«, erzählt Thabet und ist überzeugt: »Ein Kind, das ein solches Erlebnis hatte, nach rechts zu schieben, wird nicht so einfach sein.« Die Band erreichen mehr Anfragen als sie beantworten kann – und das, obwohl die initiierten Lehrer*innen häufig auf Widerstände im Kollegium stoßen »Wir sind nicht irgendeine Folkband, sondern eine politisch sehr klar positionierte Kapelle. Und wenn man so eine Band an eine Schule in der Sächsischen Schweiz oder im Erzgebirge schickt, ist das eine Ansage«, erklärt Michal. Weil die Anfragen so zahlreich und die Rückmeldungen so positiv sind, hat die Band entschieden, ihr

Workshop-Angebot zu erweitern, und dafür weitere Musiker*innen und Pädagog*innen an Bord geholt. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt sie dabei. Doch damit ist jetzt erstmal Schluss. Für viele der Banda-Musiker*innen, die hauptberuflich an Musikschulen unterrichten oder als freischaffende Künstler*innen tätig sind, brechen die Einnahmen weg. »Die Band ist unsere Form von politischem Engagement, und das ist gerade in Gefahr, weil viele von uns um ihre Existenz bangen« erklärt Michal. In dieser Situation alternative Formen politischen Engagements zu entwickeln, ist eine große Herausforderung.

»Unsere Workshops kann man nicht durch ein Online-Format ersetzen – die Begegnung auf Augenhöhe mit den jungen Menschen fehlt«, erklärt Thabet. Die Musiker*innen finden trotzdem Möglichkeiten, mit den Schüler*innen in Kontakt zu bleiben. Mit einer Videoreihe bringen sie ihre Workshops in die Wohnzimmer Sachsens. So erklärt Thabet aus seiner Wohnung Gemeinsamkeiten und Unterschiede arabischer und europäischer Musik. In Michals Werkstatt erfahren die Zuschauer*innen mehr über die Kalimba. Schlagwerker Qutaiba erklärt aus seinem Zimmer, wie Body Percussion funktioniert. Ihre Online-Tutorials hat die Band an Lehrer*innen in ganz Sachsen geschickt, damit die sie im Unterricht einsetzen können. Fazit: Die Zivilgesellschaft bleibt aktiv.

Von Franziska Schindler

DEMOKRATIE IST NICHT NEUTRAL

Menschenrechte verteidigen, Minderheiten schützen!

Die Amadeu Antonio Stiftung trat 1998 mit der Vision an, Demokratie vor Ort zu stärken. Über 1.500 lokale Initiativen konnten wir seitdem bereits unterstützen, mehr als 300 Betroffenen rechter Gewalt mit dem Opferfonds CURA helfen. Dass dies möglich ist, verdanken wir der Unterstützung unserer Spender*innen. Ist unser Anliegen auch Ihres? Dann können Sie uns dabei helfen:

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEMIGLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Bitte geben Sie dafür bei der Überweisung im Betreff oder mit einer kurzen E-Mail Ihre Adresse mit an.

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Mai 2020
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
Redaktion: Franziska Schindler und Timo Reinfank (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Design
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift _____ €
■ monatlich ■ halbjährlich ■ jährlich ■ einmalig

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN _____ Name, Vorname _____
BIC _____ Straße, Nr. _____
Name der Bank _____ PLZ, Ort _____
Datum _____ Telefon _____
Unterschrift _____ E-Mail _____

Bitte ausschneiden und einsenden an: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

- Ich möchte den monatlichen E-Mail Newsletter erhalten